

# DIE GROSSE VERBLENDUNG

Von Mark Siemons

**Elend, Ohnmacht, Gewalt: Bei seiner Begeisterung über Chinas Aufbruch in den Weltmarkt übersieht der Westen die Kosten. Eine unvoreingenommene Analyse findet nicht statt, und nur in einem obligatorischen Nebensatz werden die Menschenrechte angemahnt.**

Nach der Kulturrevolution, als sich die chinesische Führung schon aufgemacht hatte, den Kommunismus auf dem kapitalistischen Weg zu suchen, ergriff die China-Experten des Westens eine grosse Verwunderung. Nicht bloss über den Wankelmut der Geschichte, die von einem Tag auf den anderen ihre ehernsten Gesetze fallen liess. Mehr noch wunderten sich die Experten über sich selbst. Wie war es möglich, dass sie bei allem Sachverstand und aller Abgeklärtheit jahrelang die offensichtlichsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit übersehen konnten und statt dessen repressiven Ideologemen von einer Naivität Glauben schenkten, die sie in andern Weltgegenden weit von sich gewiesen hätten? Die Grosse Proletarische Kulturrevolution wuchs sich seit Ende der siebziger Jahre für Sinologen und Maoisten zu einem veritablen erkenntnistheoretischen Rätsel aus. Denn die Hinwendung zu Mao hatte sich ja gerade unter dem Vorzeichen der Authentizität, der «wirklichen Erfahrung» vollzogen, die sie sowohl von der verlogenen sowjetischen Parteidiktatur wie von der irrationalen westlichen Massenkultur abheben sollte.

Welche mentalen Mechanismen waren da wirksam gewesen, was hatte gegen die Wahrnehmung des Offensichtlichen immunisiert? Wie konnte man die Kulturrevolution als jene teils zynische, teils fanatische, teils kriminelle Hexenjagd verkennen, als die sie zum Trauma der Chinesen selbst wurde? Wie konnte man sich statt dessen zu der quasireligiösen Hoffnung versteigen, hier erscheine womöglich der Neue Mensch? Die Aussagen chinesischer Zeitzeugen, die nach der Kulturrevolution bekannt wurden, stellten den teilnehmenden Beobachtern im Westen ein beschämendes Zeugnis aus. Sie korrigierten nicht nur die Darstellung der historischen Fakten in vielen Punkten; sie bestritten vor allem jene Übereinstimmung zwischen Partei und Volk, die dem westlichen Maoismus, der sich von der sowjetischen Parteidiktatur absetzen wollte, zur Selbstrechtfertigung gedient hatte. Selbst ein Bundestagsabgeordneter von der CSU schwärmte 1974 von der «nahezu vollständigen Übereinstimmung zwischen Herrschern und Beherrschten». Mit einem Mal musste man nun erkennen, dass «das Volk», auf das man sich im Verein mit der chinesischen Parteiführung so routiniert berufen hatte, eine anmassende Abstraktion gewesen war. Man rieb sich die Augen und fragte sich, wie es möglich war, die vielen einzelnen Menschen, die dieses Volk bildeten, zu übersehen. Bis heute ist die Frage nicht befriedigend beantwortet. Die bedingungslose Bereitschaft zur Abstraktion entsprang wohl einem Willen zur Hingabe, dem Wunsch, die eigenen, als sklerotisch empfundenen Zustände auf ein ganz anderes hin zu überschreiten, das man nicht mehr analysieren, sondern nur noch glauben kann. Jedenfalls wurde die Kulturrevolution zum Fanal der westlichen Intelligenzija: Eine solche Verblendung sollte sich niemals mehr

wiederholen. Und wie man früher den revolutionären, sich selbst und alle bürgerliche Vernünftigkeit vergessenden Enthusiasmus des chinesischen Volkes gepriesen hatte, lobte man nun seinen gegen alle Ideologien resistenten, sich behende durchwurstelnden Pragmatismus. Die westlichen Beobachter

begleiteten die 1979 von Deng Xiaoping eingeleitete «Ära der Reform» mit wachsendem, durch das Tiananmen-Massaker von 1989 nur kurz unterbrochenen Wohlwollen. Ihr Soll an unvoreingenommener, differenzierter Betrachtung, das ihnen die beschämende Erfahrung mit der Kulturrevolution auferlegte, hofften Politiker, Industrielle und Öffentlichkeit seither durch die beschwörende Anmahnung der «Menschenrechte» zu erfüllen. Mit diesem *Ceterum censeo* aller geschäftlichen und diplomatischen Reisen glaubt man, sich mit um so besserem Gewissen dem «Aufbruch» und der Liberalisierung in China hingeben zu können, die einen verhaltenen Optimismus und gute Zusammenarbeit dann doch rechtfertigen. Der Zweiklang «Menschenrechte» und «Modernisierung» deckt auf der einen Seite zuverlässig all die unschönen Assoziationen ab, die von Stichworten wie Tibet, Falun Gong oder politischen Gefangenen ausgehen, auf der anderen Seite gibt er aber auch der Faszination Ausdruck, die einen bei der Ideologiezertrümmerung einer kommunistischen Partei und bei der marktwirtschaftlichen Entfesselung eines Milliardenvolks ergreift.

So werden alle Nachrichten, vom Beitritt zur World Trade Organization (WTO) über die Olympiade in Peking bis zu den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, unwillkürlich danach eingeteilt, ob sie den sogenannten «konservativen» Kräften (der kommunistischen Partei) oder den «reformerischen» (der Liberalen) dienlich sind. Die geschichtliche Entwicklung, so glaubt man, geleitet von den Erfahrungen mit anderen sozialistischen Ländern, vollzieht sich zwischen den Polen kommunistische Partei, Menschenrechte und Reform. Endlich scheint der Weltgeist, und daher rührt ein Gutteil der Anziehungskraft, die China heute auf den Westen ausübt, noch einmal in eine klar bestimmbare Richtung zu marschieren: nämlich hin zu immer mehr Marktwirtschaft, Freiheit und Demokratie. Das gibt der Beobachtung Chinas, bei aller Skepsis und bei allen Rückschlägen, ihre optimistische Note.

Und wie steht es diesmal mit «dem Volk»? Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die Pekingische Parteiführung ein Papier, dessen Titel verdächtig an die alten Zeiten erinnerte: «Studien über die Widersprüche im Volke unter neuen Bedingungen». Das ist ein direktes Zitat aus Maos legendärer Rede «Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke» von 1957, die unter dem Eindruck des Ungarn-Aufstands «antagonistische» Klassenkämpfe sorgsam von jenen Konflikten unterschied, die bisweilen «zwischen der Regierung und den Volksmassen» aufkommen könnten. Derlei Spannungen seien in einem sozialistischen Land nur lokaler und zeitweiliger Natur, «und zwar weil dort das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft worden ist und die Interessen des Volkes im Grunde einheitlich sind». Der Inhalt des aktuellen Untersuchungsbe-

richts sprach indessen vom genauen Gegenteil. Er zeichnete ein Bild vom gesellschaftlichen Umbruch in China, wie es ambivalenter und verwirrender kaum sein könnte. Schonungslos analysierte er die wachsende Ungleichheit, die Massenarbeitslosigkeit, die faktische Rechtlosigkeit der Bürger, die Parteikorruption und entwarf für die kommenden Jahre ein Bürgerkriegsszenario.

Dieses Dokument musste erstaunen. Denn ganz im Unterschied zur früheren Praxis konstatiert die Parteiführung da, dass sie sich in einem schreienden Kontrast zu grossen Teilen des Volkes befindet – während der Westen unter dem Vorzeichen der Reform wieder einmal an eine weitgehende Übereinstimmung glaubt. Ein allzu grosses Wagnis ging die Partei mit ihrer Offenheit nicht ein: Die Fakten, die der Bericht nennt, sind keine geheime Verschlussache, sondern in China allgemein bekannt. Um so mehr frappiert, dass sie zumindest in den deutschsprachigen Medien allenfalls in der Vermischtes-Sparte erscheinen, jedenfalls nicht zu den Kernthemen gehören. Könnte es sein, dass man sie nicht hören will? Ist «das Volk», auf das auch heute all die Anrufungen von «Demokratie» und «Menschenrechten» zumindest implizit Bezug nehmen, womöglich wieder eine blosser Abstraktion? Klaffen die Binnenwahrnehmung der Chinesen und die Universalbegriffe, die sich der Westen zu-rechtmacht, auch unter den neuen kapitalistischen Bedingungen wieder auseinander?

Es bedarf heute keines Geheimdienstes mehr, um zu erfahren, was in China vorgeht. Die Einführung der «sozialistischen Marktwirtschaft» bedeutete den Zusammenbruch vieler Staatsbetriebe, die bislang das Rückgrat der Ökonomie gebildet hatten. Die Folge war eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit und die Auflösung der «Danweis», jener Arbeitseinheiten, die den einzelnen in ein dichtes Netz der Kontrolle, aber auch der sozialen Sicherung einspannten. Seither sind die Bürger in einem radikaleren Sinn zu ökonomischen Subjekten degradiert, als es in Europa mit seinen gewachsenen, einander gegenseitig ausgleichenden Institutionen denkbar wäre. Alle Belastungen einer enthemmten Ökonomie stürzen ungeschützt auf den einzelnen ein. Plötzlich muss ein jeder für Schulgeld, medizinische Versorgung und Alterssicherung weitgehend selber aufkommen. Rechtliche Sicherungen existieren dabei kaum – weder gegenüber dem Arbeitgeber, dessen Willkür hinsichtlich Arbeitszeiten, Lohn und Arbeitsbedingungen kaum Grenzen gesetzt sind, noch gegenüber den lokalen Funktionären, die mit immer neuen Steuern für ihr eigenes Auskommen sorgen. Die staatlichen Gewerkschaften und die Parteivertretungen in den Betrieben sorgen mehr für die Einhaltung des «patriotischen Geistes», also für Ruhe und Ordnung, als dass sie die Interessen der Arbeiter vertreten. So kommt es vor, dass die Arbeiter und Bauern in manchen Regionen jahrelang vergeblich auf ihren Lohn warten.

In den Städten des Ostens ist diese fatale Doppelung von Armut und Ohnmacht noch einigermaßen austariert durch die gleichzeitige Hoffnung auf neue Möglichkeiten und Aufstieg. In dem von grösseren Investitionen kaum berührten Westen dagegen macht sich die Verzweiflung zunehmend in Gewaltakten Luft. Vor Jahren schon hatte die Parteiführung selbst von mehr als zehntausend Zusammenstössen mit Sicherheitskräften berichtet. «China-Watcher» in Hongkong listeten sogar 110 000 Zwischenfälle innerhalb eines Jahres auf, von Strassenschlachten über Blockaden bis zur Stürmung von Kreishauptstädten und der Brandstiftung an Gebäuden der Parteiführung. Bisher haben sich die Gewaltausbrüche in regionalen Grenzen gehalten; das neue Parteidokument macht nun auf die Gefahr aufmerksam, dass sich aus ihnen eine nationale Protestbewegung zusammenschliessen könnte. Die WTO-Mitgliedschaft, die im Dezember dieses Jahres in Kraft tritt, und der damit in Kauf genommene Untergang weiterer Staatsbetriebe könnten die sozialen Gegensätze verschärfen und die Zahl der Unruhen erheblich vermehren.

Noch desolater als der Zustand der Industrie ist die Lage der Landwirtschaft. Um die Gefahr einer Inflation in den Städten zu bändigen, hat die Partei die Preise für landwirtschaftliche Produkte eingefroren und damit die selbstzerstörerische Bewegung, die Anfang der achtziger Jahre eingesetzt hatte, beschleunigt. Weil sie mit ihren geringen Einkünften allenfalls noch den eigenen Lebensunterhalt verdienen können, kaum aber mehr für Krankenhausrechnungen oder das Schulgeld der Kinder, verlassen immer mehr junge Leute ihr Dorf und ziehen als Wanderarbeiter übers Land oder verdingen sich als unausgebildete Arbeiter in den Städten des Ostens. Auf 150 Millionen wird die Zahl dieser vagabundierenden Arbeitskräfte geschätzt. So bleiben nur die Ältesten und Schwächsten zurück, was auf die Produktivität wieder negativ zurückwirkt.

Auch was diese grossen Bewegungen für die einzelnen Menschen bedeuten, lässt sich heute leichter erfassen als zu Zeiten der hermetisch abriegelten Kulturrevolution. Eine Vielzahl von Büchern und Filmen spiegelte in den letzten Jahren die Innenseite des Umbruchs. Wie das Leben plötzlich bunter und lauter wurde und wie die Popmusik die Sirenenklänge lieferte, die die jungen Leute aus den Dörfern in die Städte und in die Moderne hineinzogen, zeigt etwa der Bericht, den der Wanderarbeiter Zeng Fanguo dem in Frankreich lebenden Autor Xi Xuanwu gibt (Charles Reeve/Xi Xuanwu, *Die Hölle auf Erden. Bürokratie, Zwangsarbeit und Business in China*, 2001). In der Bezirkshauptstadt war der junge Zeng «überwältigt von der Menschenmenge, dem Lärm, der Musik, den Waren in den Schaufenstern... Wenn ich heute wieder daran denke, nachdem ich mehrere chinesische Grossstädte gesehen habe, war das eigentlich gar nichts: die Hauptstrasse nicht einmal geteert, ein paar Dutzend Läden... Doch für einen Jugendlichen, der noch nie etwas anders als sein Dorf gesehen hat, ist es das Paradies.» Die «Arbeitspunkte», die zuvor zum Erwerb von Lebensmitteln berechtigt hatten, wurden durch Geld ersetzt: Laut Zeng war dies der Wendepunkt, der die Verhältnisse vollständig umkrem-pelte.

Zeng verliess das Dorf und wurde Handlanger auf dem Bau. Anfangs blieb er in der Nähe seines Heimatdorfs und kehrte alle sechs Monate nach Hause zurück. 1985 ging er dann nach Kanton, das sich damals in einem Bauboom ohnegleichen befand. Ihn trieb die Hoffnung, sich mit dem Geld später in seinem Dorf selbständig machen zu können. Ausserdem war er von der Grossstadt berauscht: «All diese Menschen, diese Autos, dieser Überfluss an Waren. Man hat den Eindruck, diese ganze Welt mit Händen zu fassen, die man zwar aus dem Fernsehen kannte, die aber unreal blieb, solange man sie noch nicht gesehen hatte. Nach Jahren vor dem Trugbild glaubt man, zum ersten Mal hinter die Leinwand zu schauen.» Je mehr Arbeiter in die Stadt drängten, desto schlechter wurden die Arbeitsbedingungen; die Löhne wurden gesenkt, die Disziplin verschärft. Aber Zeng behielt seine positive Einstellung, bis er eines Nachts unter den Prostituierten, mit denen der Baustellenleiter die Arbeiter regelmässig versorgte, seine frühere Freundin aus dem gleichen Dorf entdeckte, die er seit zehn Jahren nicht mehr gesehen hatte. Er verteidigte sie gegen den Spott und die Schläge der anderen. «Von diesem Tag an war es nicht mehr wie früher. Gegenüber diesem Mädchen habe ich gesehen, was ich in Wirklichkeit war: ein Arbeitstier, das man benutzt und wegwirft, wenn es zu nichts mehr nütze ist.»

Zeng berichtet, wie ihn dieses Bewusstsein an seinem nächsten Arbeitsplatz in den Widerstand trieb. Er wirkte am Aufbau einer illegalen Arbeiterorganisation mit, deren wilder Streik von der Polizei schliesslich blutig niedergeschlagen wurde. Geschichten wie diese wiederholen sich ständig. Im April dieses Jahres stürmten mehr als sechshundert bewaffnete Polizisten die südliche Stadt Yuntang und eröffneten das Feuer auf eine Menge von unbewaffneten Bauern, die dort gegen ungerechte

Steuern protestierten. Es gab zwei Tote und mindestens achtzehn Verletzte. Im Sommer zuvor hatten in einer Nachbarstadt mehr als zehntausend Bauern gegen zu hohe Steuern demonstriert und in Ämtern und Funktionärshäusern randaliert. Andere Zeichen der Wut und Verzweiflung sind weniger öffentlich; jeder Chinese kennt aus seiner Nachbarschaft oder seinem Betrieb Fälle, wo die völlige Aussichtslosigkeit Menschen in den Selbstmord oder auch zur Tötung der ganzen Familie getrieben hat. Aber diese Tragödien werden als «privat» bezeichnet. Doch auch der Partei ist bewusst, dass das Elend weiter Landesteile strukturelle Gründe hat. Selbst die «China Economic Times» in Peking schätzt, dass mehr als die Hälfte der neunhundert Millionen Bauern täglich nur 5,8 Yuan (etwa 1,50 Mark) zur Verfügung habe. Die Weltbank geht von dreihundert Millionen Chinesen in äusserster Armut aus; und entgegen den offiziellen Regierungsstatistiken steigt die Zahl.

Wer diese Entwicklungen verstehen will, kommt mit dem üblichen Parallelogramm aus «Kommunismus», «Öffnung» und «Menschenrechten» nicht weiter. Vielmehr erinnert das Elend und die Ohnmacht des einzelnen gegenüber den Organen des Staates die Chinesen an viel ältere Muster, die unbeschadet der neuen Begriffe und Institutionen in alter Frische überlebt zu haben scheinen. Der Schriftsteller Lu Xun meinte in den zwanziger Jahren, die gesamte Geschichte der chinesischen Zivilisation lasse sich auf zwei Epochen reduzieren: «1. Epoche, in der man vergeblich nach dem Sklavenstatus strebte. 2. Epoche, in der man in Ruhe Sklave sein konnte.» Der Unterschied bestehe nur im Grad der Perfektion, mit dem das Sklavensystem funktioniert. Lu Xun benutzte die drastischsten Metaphern, um die Scheinheiligkeit der chinesischen Tradition, die in Wahrheit nur rüde Unterdrückungsverhältnisse verschleierte, zu entlarven: «Was sich chinesische Kultur nennt, ist nichts anderes als ein Festessen aus Menschenfleisch, das nur den Reichen zum Genuss zubereitet wird. (...) Wer dies aus Unwissenheit lobt, kann entschuldigt werden. Sonst verdienen solche Leute ewige Verdammung!»

Lu Xuns berühmte Parabel auf dieses Menschenfresser-China, das *Tagebuch eines Verrückten*, endet mit einer vagen Hoffnung: «Vielleicht gibt es Kinder, die noch keine Menschen gefressen haben? Rettet die Kinder...» Die Hoffnung trog. Die Revolution, der sich auch Lu Xun verschrieb und die das chinesische Volk aus seiner Ohnmacht gegenüber der autoritären Kulturtradition, dem übermächtigen Staat, der ausländischen Fremdbestimmung und der kapitalistischen Ausbeutung befreien wollte, fiel schon nach kurzer Zeit in die alten Muster zurück. Irrwitzigerweise wurde selbst die grausige Metapher, die Lu Xun für den Fluch des nationalen Erbes gewählt hatte, buchstäblich wahr. In mehreren Landstrichen kam es während der Kulturrevolution zu Fällen von Kannibalismus; die Spontaneität der Basis ging hier, ähnlich wie bei anderen Verbrechen dieser Zeit, mit der Duldung und Anstiftung durch Parteifunktionäre zusammen. «Sagte der Vorsitzende Mao nicht: 'Töten oder getötet werden'?» verteidigte sich noch Jahrzehnte später einer der Schlächter (in: Zheng Yi, *Scarlet Memorial. Tales of Cannibalism in Modern China*, 1996): «Wenn ich lebe, musst du sterben. Klassenkampf!»

Eine Verbindung von schrecklicherer Logik zwischen chinesischem Kommunismus und chinesischer Sklavengesellschaft lässt sich schwerlich denken. Doch was der Kommunismus der nach ihm benannten Partei in China mit dem zu tun hat, was man sonst unter Kommunismus versteht, ist durchaus unklar. Die schrittweise Selbstaufhebung der kommunistischen Ideologie durch die gleichnamige Partei wird von der westlichen Öffentlichkeit mit wohlgefälligem Lächeln aufgenommen, so als stünde die Parteiführung mit ihrer Schlitzohrigkeit insgeheim schon auf der Seite des modernen westlichen Universalismus. Doch davon kann keine Rede sein. Die KPCh greift mit ihrer

listigen Überwindung des Kommunismus vielmehr souverän auf viel ältere Traditionen der Unfreiheit zurück.

Unter Staatspräsident Jiang Zemin erreichen die seit Deng Xiaopings ersten Privatisierungsaktionen nicht abreisenden vermeintlichen Paradoxien jedenfalls einen neuen Höhepunkt. Schon im vergangenen Jahr liess seine Theorie der «Drei Vertretungen» aufhorchen: Die Kommunistische Partei Chinas solle nicht nur die «elementaren Interessen der Mehrheit der Bevölkerung» vertreten, sondern auch die «fortschrittlichen Produktivkräfte» sowie die «fortschrittliche Kultur». Das war schon eine recht weitmaschige Ausdehnung der Umriss der einstigen Arbeiter- und Bauernpartei. Dieses Jahr aber ging er zum achtzigjährigen Jubiläum der Partei noch einen Schritt weiter. Von nun an dürften auch Geschäftsleute, vulgo Kapitalisten, Mitglieder der kommunistischen Partei werden. Vor der Verkündung dieses neuen Lehrsatzes hat es ausführliche interne Diskussionen gegeben. In der marxistischen Zeitschrift «Zhenli de Zhuqiu» (Suche nach der Wahrheit) wurde die neue Linie von linken Theoretikern heftig kritisiert. Jiang reagierte auf die Kritik zweifach. Zum einen verfügte er, ganz im Stil der Kampagnen in maoistischer Zeit, seine Jubiläumsrede solle in den Arbeitskollektiven gründlich studiert werden. Zum anderen liess er die «Suche nach der Wahrheit» einstellen, eine der vermutlich letzten marxistischen Inseln in China.

So wenig Jiangs Ideen also mit Kommunismus zu tun haben, so sehr ist sein Stil von der Tradition der Partei geprägt. Wie Mao und Deng unternimmt er vor wichtigen Verkündungen pathetische Reisen in den Süden. Und Ende Mai veröffentlichte er auf der Titelseite der Parteizeitung «Renmin Ribao» ein eigenes Gedicht mit dem Titel: *Gefühle beim Besteigen des Huang-Bergs*. Das Werk wurde sofort in ein Lesebuch für Schüler aufgenommen. Das hatte es seit Mao nicht mehr gegeben.

Modern im Inhalt, klassisch in der Form: So will Jiang offenbar in die Geschichtsbücher eingehen. Tatsächlich ist seine Amtszeit von achtunggebietenden Erfolgen geprägt. Peking wurden die Olympischen Spiele 2008 zugesprochen, und dem Antrag Chinas auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation wurde im September dieses Jahres stattgegeben. Ganz abgesehen vom unmittelbaren ökonomischen Nutzen, den diese Vorgänge versprechen, gehen von ihnen kräftige Zeichen nach innen und aussen aus. Nach aussen signalisieren sie, dass China die Spiele der Welt mitspielt – dass sich also einerseits niemand vor ihm zu fürchten braucht, dass man aber andererseits künftig mit ihm rechnen muss. Nach innen bedeuten sie nicht weniger als die Erfüllung der vermutlich wichtigsten Verheissung, mit der die kommunistische Partei ins Leben getreten war: das Ende der Demütigungen, die China durch die westlichen Mächte erfahren hat. So ist auch die eigentümliche Ambivalenz zu erklären, die selbst die schärfsten Regimekritiker beim Thema Olympia erfasst; sie befürchten zwar vom Peking Propagandaapparat während der Vorbereitungszeit das Schlimmste, aber auch sie können sich eine stille Genugtuung über die späte internationale Anerkennung nicht verkneifen. Ähnlich verhält es sich mit dem Anti-Amerikanismus, der bei Gelegenheiten wie der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad oder der Flugzeugkollision vor Hainan gerade auch unter der akademischen Jugend hervorbricht. So selbstverständlich den heutigen Studenten die amerikanisch geprägten internationalen Verkehrsformen in Marktwirtschaft und Internet sind, so gereizt reagieren sie zugleich auf westlichen Hegemonialdünkel, der sie nicht für voll zu nehmen droht. Selbst die stereotype Berufung des Westens auf «Menschenrechte» steht bei manchen Intellektuellen, die in der Sache dieselben Ziele verfolgen, unter dem Verdacht, Hegemonialinteressen zu verschleiern.

Gewiss ist diese nationalistische Empfindlichkeit von der Partei nach dem Tiananmen-Massaker 1989 bewusst geschürt worden. Im «Patriotismus» glaubten die Strategen einen geeig-

neten Ersatz für das weggebrochene ideologische Rückgrat, die Planwirtschaft, gefunden zu haben. Doch viel spricht dafür, diesen Nationalismus für den wahren ideologischen Kern der Kommunistischen Partei Chinas von Anfang an zu halten. Denn der Kampf gegen die Ausbeutung durch Kapitalisten und Grossgrundbesitzer, dem sich die Kommunisten aller Länder verschreiben, hatte in China noch eine spezifische Stossrichtung: Er sollte dem durch den Zusammenstoss mit der westlichen Welt gebrochenen und seiner Rückständigkeit überführten Land ermöglichen, seine Würde und Stärke wiederzufinden. Bis die Japaner vertrieben waren, scheuten sich die Kommunisten daher auch nicht, mit der verhassten Kuomintang gemeinsame Sache zu machen. So sind Kommunismus, Nationalismus und Globalisierung in China enger miteinander verschränkt, als es sich westliche Liberale träumen lassen; indem der heutige internationale kapitalistische Erfolg die alte nationalistische Verheissung einlöst, stärkt er bis zu einem gewissen Grad die kommunistische Partei.

Diese kommunistische Partei spielt indessen die Spiele des Westens nur so lange mit, als diese der Tradition des chinesischen Autoritarismus nicht im Wege stehen. Beim Kapitalismus gibt es da offensichtlich keine Probleme, bei allen anderen Fragen hat Peking keine Bedenken, eine durchaus grobkörnig arbeitende Simulationsmaschine anzuwerfen. So wie es der chinesischen Führung gleichgültig ist, ob ihr jemand im Lande das Wortspiel mit der «sozialistischen Marktwirtschaft» glaubt, scheint es ihr auch nicht darauf anzukommen, ob das Ausland seine Chimären wirklich für bare Münze nimmt: Entscheidend ist nur, dass die gute Form gewahrt bleibt. Schon jetzt lässt sich voraussagen, dass Olympia 2008 ein grosses Illusionstheater sein wird, bei dem insbesondere die Ökologie als Goldenes Kalb der westlichen Wohlstandsländer eine wichtige Rolle spielen wird. China wird es in dieser Frage wohl kaum gelingen, die westlichen Experten hinters Licht zu führen – aber das wird ihm auch nicht schaden, solange die westlichen Diplomaten seine Täuschungsversuche als Zeichen des guten Willens interpretieren können.

Ein wahres Kunststück scheint Jiang Zemin dagegen bei der Unterdrückung der Meditationsbewegung Falun Gong zu gelingen, die er mit Erfolg in den westlichen Sektendiskurs zu integrieren vermochte. In Wirklichkeit zeigt der Kampf gegen Falun Gong deutlicher als alle anderen Regierungsmassnahmen, dass der Staat nicht bereit ist, dem gesellschaftlichen Sektor auch nur einen Fussbreit Macht abzutreten. Die eklektizistische buddhistische Organisation war mit ihren Stichworten «Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit, Nachsicht», die offenbar in eine Leerstelle der durch Geld- und Überlebenskampf geprägten chinesischen Gegenwart vorstiessen, über Nacht zu einer Massenbewegung geworden. Ihre moralische Anziehungskraft und ihre Organisationsfähigkeit erscheinen der kommunistischen Partei eben deshalb so gefährlich, weil für sie als Nachfolgerin der kaiserlichen Dynastien alle politische Stabilität an der durch gesellschaftliche Ansprüche unberührten Machtvollkommenheit des Staates hängt. In der Bekämpfung von Falun Gong schwingt noch das ferne, sonst schon längst verdrängte Bewusstsein nach, dass auch die Kommunisten selbst einmal durch einen illegitimen Akt der Usurpation, also durch eine gesellschaftliche Bewegung, an die Macht gekommen waren. Das soll sich nie mehr wiederholen.

Die Paradoxie der Lage, der sich die kommunistische Partei ausgesetzt sieht, besteht nicht in der Dissimulation der Lehre, die sie in ihrem Namen führt; dass man aus Gründen der Staatsräson Göttern opfern muss, an die man nicht mehr glaubt, wussten schon Konfuzius und die von ihm inspirierten Herrscher. Viel heikler ist, dass die Kommunisten mit dem von ihnen entfesselten Kapitalismus viele traditionelle Kontrollinstrumente über die Gesellschaft aus der Hand gegeben haben, ohne dass sie

der Gesellschaft auch nur im geringsten mehr politisches Gewicht geben wollen. Die Arbeiter sind nicht mehr in «Arbeits-einheiten» organisiert, die Bauern sind nicht mehr in ihren Dörfern erfasst, die Funktionäre sind durch keine Ideologie zusammengehalten, die Städte werden kaum noch von Nachbarschaftskomitees überwacht. Die Gesellschaft ist der Partei fremd geworden.

Dass indessen der Anspruch des Staates, die Zügel in der Hand zu behalten, keineswegs geringer geworden ist, zeigt die unnachsichtige Verfolgung aller nicht kontrollierten Gruppenaktivitäten, von illegalen Streiks bis zu religiösen Feiern, die sich nicht der Aufsicht des Staates unterstellen. Auch die katholische Kirche zum Beispiel wird, sofern sie sich nicht ihre Bischöfe in der sogenannten «patriotischen Kirche» von Parteifunktionären einsetzen lässt, nach wie vor bekämpft. Das System der Arbeitslager funktioniert weiter. Soziale Konflikte werden vorzugsweise auf einer moralischen oder gleich kriminologischen Ebene behandelt: Auch darin erweist sich die kommunistische Partei als treue Verwalterin der chinesischen Tradition. Immer neue Kampagnen gegen immer üblere Elemente sollen nicht nur die gesellschaftlichen Missstände aus dem Gesichtskreis schaffen, sondern der Partei selbst auch die dringend benötigte Legitimität verschaffen. Im unentwegten Kampf gegen die «Korruption», den die Partei inszeniert, kommt auf der einen Seite das tatsächlich vorhandene Willkürverhältnis zum Ausdruck, dem die Chinesen gegenüber dem Staat ausgesetzt sind. Auf der anderen Seite sind aber die einschlägigen Kampagnen selber ein Instrument eben dieser Willkür, ein Macht- und Einschüchterungsmittel des totalen Staates schon seit ältesten Zeiten. Denn bei allen sich rapide vermehrenden Gesetzen und Verordnungen gibt es keine unabhängige Justiz, die diese ohne Ansehen der Person durchzusetzen in der Lage wäre.

In Wahrheit schreitet der Weltgeist in China also wesentlich weniger gradlinig und beschwingt in die Zukunft, als man im Westen annimmt, man könnte fast sagen: Er torkelt nur noch. Wieder scheint der Westen auf zumindest einem Auge blind zu sein, und wieder scheint diese Blindheit auf einem Wunschbild zu beruhen, mit dem er sich selbst beruhigen will. Der vermeintlich so differenzierende Zweiklang «Modernisierung und Menschenrechte», an dem der Westen China heute misst, bürdet alles Kritikwürdige dem von ihm als anachronistisch erkannten Kommunismus auf und lässt die vermeintliche «Moderne» unberührt. Im kapitalistischen China bekommen die sonst längst verbrauchten Topoi von Schnelligkeit, Dynamik, Zukunftswillen als Metaphern der Modernität von neuem Recht und Glanz; und dass der Markt von einer kommunistischen Partei organisiert wird, erhöht nur seinen Charme als Jungbrunnen des von Kulturpessimismus angekränkelten westlichen Liberalismus. Offenbar gibt es im Westen eine alle Zeiten überdauernde Bereitschaft, sich mit einer in China abgeschöpften Moral aus der Geschichte selber geistig über Wasser zu halten.

Lu Xun unterschied in den zwanziger Jahren zwei Kategorien von Ausländern: «Die einen halten die Chinesen für eine minderwertige Rasse, die gar nicht anders kann. Daher loben diese Leute in China absichtlich alles Alte. Die anderen möchten, dass sich alle Völker voneinander unterscheiden, damit das Reisen interessant bleibt. In China wollen diese Leute Zöpfe sehen, in Japan Holzschuhe und in Korea Bambushüte. Deshalb widersetzen sie sich der Europäisierung Asiens.» Er erwähnte Bertrand Russel, den das unentwegte Lächeln seiner Sänfenträger zu einer gerührten Spekulation über die Heiterkeit des chinesischen Wesens verführt hatte. «Wenn aber die Sänfenträger ihre Kunden nicht anlächeln würden», folgerte er, «wäre China längst nicht mehr so, wie es ist. Nicht nur die Ausländer sind fasziniert von dieser Zivilisation, auch alle Chinesen erliegen ihrem Reiz, so dass sie in einem fort lächeln.» ■